

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

16.11.1932 (No. 269)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. M e n d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichsminister Dr. Warmbold vor dem Einzelhandel

Optimistische Ausführungen zur Wirtschaftslage
Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold hielt Dienstagnachmittag vor der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin eine Rede, in der er u. a. ausführte:
Ihre Tagung fällt in einen Zeitpunkt, in dem wir die ersten Anzeichen einer gewissen Besserung nach jahrelanger Krise beobachten können. Man darf daher die berechtigte Hoffnung haben, daß diese Besserungszeichen auch in den nächsten Monaten anhalten werden und daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, im kommenden Frühjahr ein noch deutlich sichtbarer Umschwung in der Wirtschaftslage der wichtigsten Länder und auch Deutschlands eintreten wird. Diese ersten Keime der Hoffnung müssen aber sehr pfleglich behandelt werden.
Es ist keine Frage, daß auf dem Weltmarkt schon vor einigen Monaten die Rohstoffpreise eine Besserung erfahren. Die Restmengen können in diesem Zeitpunkt mit gewissem Recht darauf hinweisen, daß der Höchststand schon wieder etwas unterschritten ist; aber demgegenüber muß doch mit allem Nachdruck betont werden, daß diese Auslegung den Tatsachen nicht gerecht wird, weil der gegenwärtige Stand der Rohstoffpreise noch immer bedeutend höher liegt. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß die Lagerverhältnisse in der Welt nicht mehr anliegen, sondern daß zumindestens Erzeugung und Verbrauch zum Ausgleich gebracht sind und daher die Lagerverhältnisse das erreichte Niveau bewahren können.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die außerordentliche Verflüssigung der Geldmärkte in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen der Welt. Die Verflüssigung der Geldmärkte hat außerhalb unserer Grenzen bereits begonnen, auf die Kapitalmärkte überzugreifen. Die Wirkung des niedrigen Reichsbankdiskontes auf den Kapitalmarkt hat sich auch in letzter Zeit bemerkbar gemacht.
Nach allen diesen Anzeichen dürfen wir auch für unser Land den Standpunkt vertreten, daß die Krise den Tiefpunkt erreicht hat, und daß wir erwarten dürfen, daß, wenn keine innerwirtschaftlichen Störungen den Verlauf der Dinge beeinträchtigen, in den kommenden Monaten eine langsame Besserung unserer Verhältnisse eintritt. Das Wirtschaftsprüfung der Reichsregierung hat daher, soweit sich übersehen läßt, den richtigen Zeitpunkt für das Wachsen einer neuen Wirtschaftsinitiative gefunden.

Einzelhandel und Warenhäuser

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels lehnte in geschlossener Mitgliederversammlung einen gemeinsamen Antrag verschiedener Verbände, in dem das Verbleiben der Verbände der Waren- und Kaufhäuser sowie der Lebensmittelbetriebe in der Hauptgemeinschaft als unerwünscht bezeichnet wurde, ab, und zwar mit 128 gegen 85 Stimmen, beschloß die sofortige Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung einer Änderung des Organisationsaufbaues der Hauptgemeinschaft, durch die die Meinung der Mehrheit sowie der verschiedenen Gruppen des Einzelhandels in Zukunft eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden kann. Zu den Ergebnissen dieses Ausschusses soll eine Mitgliederversammlung in der ersten Hälfte des Jahres 1933 Stellung nehmen. Die Mitgliederversammlung beschloß im weiteren Verlauf mit 134 gegen 71 Stimmen (nach Ablehnung des Ausschlußantrages gegen Warenhaus- und Lebensmittelbetriebe), die Vereinigten Steuerzuschüsse der Hauptgemeinschaft zu beauftragen, auf der Grundlage einer Warenhaus- und Filialsteuer Anträge auszuarbeiten und der Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft im nächsten Jahr vorzulegen. Sie beschloß ferner, den Steuerzuschuß mit der Prüfung zu beauftragen, ob außerdem noch eine allgemeine Großbetriebssteuer im Einzelhandel zweckmäßig erscheint. Die Vertreter der beiden Großbetriebsverbände, des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser und des Reichsverbandes Deutscher Nahrungsmittelbetriebe haben auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses die Versammlung verlassen.

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V., Berlin, hat beschlossen, aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels auszuscheiden.

Das Programm der Reichstagung im November

Auf der Tagesordnung des am 21. November in Genf zusammentretenden Völkerbundesrates steht als Hauptgegenstand neben dem bolivianisch-paraguayischen Streit der chinesisch-japanische Konflikt. Auf der Grundlage des Lytton-Berichtes soll der Völkerbundesrat eine endgültige Lösung der Streitigkeiten vorschlagen, die dann der Bundesversammlung unterbreitet werden soll.
Ferner soll die Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die Anwendung der polnischen Agrarreform zum Ungunsten des deutschen Besitzes behandelt werden und auch der latente Konflikt zwischen Danzig und Polen, der sich in den letzten Wochen zusehends verschärft hat, wird wieder den Völkerbundesrat beschäftigen.
Schließlich soll die Nachfolge des Grafen Grubina für den Posten des Völkerbundeskommissars in Danzig endgültig geregelt werden.

Die britischen Abrüstungsvorschläge werden am Donnerstag gleichzeitig mit der Genfer Rede Sir John Simons veröffentlicht werden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Dienstag seine letzte Probefahrt gemacht. Der Fahrbetrieb ist damit stillgelegt worden. Die Fahrten werden im Frühjahr nächsten Jahres wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten

Der neue französische Plan

Französische Pressepolemik um die Urheberschaft
WTB, Paris, 16. Nov. (Tel.) über die Frage, ob die Militärischen Änderungen an dem ursprünglichen Entwurf des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes durchgeführt hätten, was „Echo de Paris“ steif und fest behauptet, ist jetzt im ganzen Weltkreis von Paris ein erbitterter Streit entstanden.

Der offiziöse „Petit Parisien“ versucht, die Behauptung zu dementieren, was allerdings in nicht sehr überzeugender Form geschieht. Viel wichtiger jedoch ist eine Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Lardieu, die sich gegen die Behauptung des „Echo de Paris“ wendet, daß der Entwurf seit von seinem Geiste sei und nichts anderes als ein Produkt seines Vorschlags vom 5. Februar. Lardieu greift dabei auch die Autoren des Planes, Derris und Paul-Doucour, an. Er stellt nämlich fest: Erstens habe sein Plan vom 5. Februar zwischen Deutschland und Frankreich die rechtliche wie die tatsächliche militärische Ungleichheit bestehen lassen; zweitens habe er den allgemeinen Grundgedanken der französischen Militärorganisation seinen Abbruch getan und die Frage der Rüstungen nicht aufgeworfen, und drittens habe sein Plan keinen Vorschlag zur Revision der Verträge enthalten. Einen solchen Vorschlag nennt Lardieu beispiellos in der französischen Politik; er sagt, die Umwandlung der Reparationen, in die Frankreich eingewilligt habe, hätte sich doch nur auf Zahlen bezogen, die in den Verträgen selbst nicht aufgeführt waren.

Der Eindruck in Genf

WTB, Genf, 16. Nov. (Tel.) In Genf hat der französische Plan folgenden Eindruck hervorgerufen: Der Plan ist in vielen seiner Einzelheiten so kompliziert, daß nur eine langwierige Prüfung und Erörterung deutlich machen kann, was eigentlich vorgeschlagen wird. Man glaubt auch, daß vielleicht ein leichter verständlicher Vorschlag aus dieser Ansicht auf Annahme haben wird. Aber trotz dieser Schwächen wird der Plan als geeignete Erörterungsgrundlage betrachtet.

Belgische Kriegsschuldennotnote an Amerika

WTB, Brüssel, 16. Nov. (Tel.). Die belgische Note an die Vereinigten Staaten nimmt auf die englische und die französische Note in der Kriegsschuldenfrage Bezug. Die belgische Regierung stellt das gleiche Ersuchen nach einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums, während eine Neuprüfung der Schuldverbindlichkeiten stattfinden soll. Belgien beruft sich auf seine unverzügliche Annahme des Hoover-Vorschlages im Juli 1931 sowie auf die Unterzeichnung der Reparationsabkommen von Lausanne. Die belgische Regierung gibt ihrer Übergangsweise Ausdruck, daß die heutigen Weltschwierigkeiten nur durch eine entschlossene Politik der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfestellung überwunden werden können.

Amerika und die Stundungsfragen. In Washington herrscht über die Noten Frankreichs, Englands und Belgiens harte Verstimmung, und zwar nicht so sehr über den allgemein erwarteten Antrag selbst, als vielmehr über den Zeitpunkt und die Form.

Inkrafttreten der Abkommen von Ottawa. Eine Verordnung des englischen Schatzamtes legt die Bestimmungen der Abkommen von Ottawa heute, Mittwoch, um 24 Uhr, in Kraft. Einige Ausnahmen sind vorgesehen. Für Indien und Neufundland, die die neuen Zollsätze noch nicht genehmigt haben, wird die Inkraftsetzung des Abkommens verlagert.

Der neue französische Schlachtkreuzer „Dunkerque“ wird nach englischen Meldungen viel größer und kampftüchtiger sein, als 1931 vorgesehen war. Die Wasserdrängung ist von 23 000 auf 26 500 Tonnen erhöht worden, und die Ausrüstung wird aus acht Geschützen von 32,5 Zentimeter, anstatt aus acht Geschützen von 30 Zentimeter Kal., bestehen.

Les Trotski ist von Konstantinopel mit seiner Familie nach Kopenhagen an Bord des italienischen Dampfers „Praga“ abgereist. Er hat von Dänemark das Visum nur für eine Woche erhalten, nachdem man sich darüber vergewissert hatte, daß er wieder in die Türkei zurückkehren darf. Das endgültige Ziel seiner Reise ist unbekannt.

Die Sturmverwüstungen in Japan

Ein Taifun hat in weiten Strecken des östlichen Japans Tod und Verwüstenheit gestiftet. Nach den letzten amtlichen Zahlen wurden 26 Personen getötet und 25 verletzt. 26 werden vermisst. Etwa 100 Häuser sind völlig zerstört, 2400 beschädigt und 40 000 durch den zusammen mit dem Taifun auftretenden Wellenbruch unter Wasser gesetzt worden. Auch die Stadt Yokohama hat stark gelitten.

In den letzten amtlichen japanischen Feststellungen werden folgende Zahlen genannt: Getötet: in Tokio sechs Personen, in den Tokio benachbarten Bezirken 58; vermisst 62. Vollständig zerstört sind 4800 Häuser, zum Teil zerstört 10 300, unter Wasser stehen 53 000 Wohnstätten. Eine Anzahl von Fischerbooten mit insgesamt 250 Mann an Bord sind verschollen.

Um die englische Fliegerin Amy Johnson, die den von ihrem Gatten gehaltenen Flugzeugschiff „England-Schiff“ zu brechen wollte, herrscht große Begeisterung. Nach einer Zwischenlandung in Oran am 14. er war sie mit Kurs auf Kamey in Französisch-Westafrika gestartet, wo sie jedoch nicht eingetroffen ist.

* Verwirrung

Es wäre wirklich an der Zeit, daß wir innerpolitisch wieder zu stabilen Verhältnissen, und das heißt in diesem Falle vor allem zu stabilen Regierungsverhältnissen gelangten. Zweifellos sind die Schwierigkeiten, die sich aus der Veränderung der parteipolitischen Struktur unseres Volkes ergeben haben, durch die verfassungsrechtlichen Streitigkeiten der letzten Monate erheblich verschlimmert worden.

Es mag sein, daß diejenigen, die diese Streitigkeiten hervorriefen, anfangs ehrlich geglaubt haben, durch ganz bestimmte Eingriffe verfassungspolitischer Art die allgemeine innerpolitische Situation günstig beeinflussen zu können. Im Süden, und ganz besonders in Baden, hat man von vornherein vor einem solchen Glauben gewarnt. Und die Ereignisse haben uns recht gegeben. Ereignisse, die eine so aufwühlende Wirkung gehabt haben, daß jetzt wohl sogar die Urheber jener Zwistigkeiten selbst an dem Glauben an die Nichtigkeit ihres Tuns irre geworden sein dürften.

Ein Bericht über die gestrige Sitzung des Unterausschusses des Hauptausschusses des Preussischen Landtags illustriert am besten den Zustand vollkommener, staats- und verfassungsrechtlicher Verwirrung. Der Unterausschuß ist in völlig legaler Weise zusammengesetzt und hat ebenso einwandfrei legal gehandelt, als er die zuständigen, preussischen Ministerien zu seiner Sitzung einlud. Die Einladung ist vom Reichskommissar an das geschäftsführende Staatsministerium, also an das Ministerium Braun-Severing, erft gar nicht weitergeleitet worden. Erschienen ist aber von den stellvertretenden Reichskommissaren auch niemand.

Dr. Bracht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er wohl bereit gewesen wäre, zur Auskunftserteilung zu erscheinen; doch habe ihm das Urteil des Staatsgerichtshofs diese Möglichkeit genommen. Die kommissarische Regierung sei als solche dem Landtag überhaupt nicht verantwortlich; es gebe zur Zeit eben überhaupt keine verantwortlichen Minister in Preußen.

Die Verwirrung kann hiernach wahrlich nicht größer sein; und es ist dringend notwendig, daß in Preußen und im Reich wieder geordnete, verfassungspolitische Verhältnisse geschaffen werden. Soweit das in Gesprächen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern vorbereitet werden könnte, ist mit einer raschen Erledigung nicht zu rechnen. Der Reichskanzler wird in dieser Woche nicht mehr viel unternehmen können, da die Sozialdemokratie es abgelehnt hat, seiner Einladung nachzukommen und Vertreter zu einer Besprechung zu ihm zu entsenden. Und, was die Nationalsozialisten betrifft, so wird neuerdings in ihrer Presse erklärt, Herr Hitler sei jederzeit bereit, dem Ruf des Reichspräsidenten zu folgen und zu ihm zu eilen, mit dem Reichskanzler von Papen habe er aber nichts mehr zu schaffen. Da der Reichskanzler Ende der Woche nach Stuttgart und Karlsruhe reist, werden also vor der nächsten Woche kaum irgendwelche Besprechungen zu erwarten sein. Und diese Besprechungen werden sich, nachdem die Unterredung zwischen Herrn von Papen und Herrn Hugenberg bereits stattgefunden hat, dann überhaupt nur noch auf die Zentrumspartei, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei beschränken.

Innerhalb des Zentrums ist man offenbar der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, wenn die Parteiführer sich den Unterhandlungen mit dem Reichskanzler nicht entzogen hätten. Es bestehe die Gefahr, daß diese Taktik beim Reichspräsidenten in einem für die Parteien und das Parlament ungünstigen Sinne ausgenutzt werde. Der Kanzler selbst läßt offiziös darauf aufmerksam machen, daß er die Besprechungen im ausdrücklichen Auftrag des Reichspräsidenten führe. Wenn die Sozialdemokratie jetzt abgibt, dann solle sie lieber mitteilen, was sie an Stelle der jetzigen Regierung sehen wolle. Die von der sozialdemokratischen Fraktion ausgesprochene Forderung nach dem Rücktritt des Kabinetts sei nicht gerechtfertigt, weil die Frage eines Rücktritts auch unter normalen Verhältnissen erst bei einem Mißtrauensvotum akut werden könne.

Das Zentrum hat sich inzwischen in einer parteioffiziösen Erklärung seines Mitteilungsblattes von neuem mit aller Entschiedenheit zur demokratischen Grundlage unserer Verfassung bekannt und dementsprechend alle Pläne abgelehnt, die auf eine Ausschaltung oder Entrechtung

der gewählten Volksvertretung hinauslaufen. Mit Nachdruck wird eine genaue Festlegung der Rechte des Reichspräsidenten, insbesondere seiner Befugnisse nach Artikel 48, gefordert.

Auch in Baden hat sich im Verlauf der Erörterungen über die Konfordate ein höchst befremdlicher Zustand der Verwirrung ergeben. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, sich bei der Abstimmung über die Konfordate sich der Stimme zu enthalten. Wenn genau nach diesem Beschluß verfahren wird, würde das die so gut wie sichere Annahme des Konfords im Landtag bedeuten. Denn es ist nicht anzunehmen, daß alle übrigen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums, das ja a priori für die Konfordate eintritt — geschlossen dagegen stimmen. Und auch dann würde bei Stimmengleichheit (35 zu 35) die Stimme des dem Zentrum angehörenden Landtagspräsidenten den Ausschlag geben.

Nun ist aber der Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion von einem Teil der Partei, und zwar vornehmlich von der Mannheimer Richtung, angegriffen und verurteilt worden, und zwar mit einer Leidenschaft, wie man sie bisher in der Geschichte der Parteien noch selten erlebt hat. Die Mannheimer stehen auf dem Standpunkt, daß nach dem früheren, gemeinsamen Beschluß des Parteiaussschusses und der Landtagsfraktion das Konfordat von der Fraktion im Landtag in aller Form abgelehnt werden müsse, da es in diesem Beschluß heiße, man habe dem Konfordat „die Zustimmung zu verweigern“. Und Verlegung der Zustimmung sei eben Ablehnung durch Dagegenstimmen.

Andererseits ist daran festzuhalten, daß nach dem allgemeinen Parteistatut jede Fraktion lediglich nach eigenem besten Wissen und Gewissen zu entscheiden hat. Wenn die Landtagsfraktion der Meinung ist, es sei für das Land und für die Partei besser, jetzt einen durch Ablehnung des Konfords hervorgerufenen Koalitionskonflikt zu vermeiden, dann handelt auch sie nach pflichtgemäßem Ermessen; sie muß allerdings die Verantwortung dafür tragen. Dennoch haben die Mannheimer sich nicht geschämt, der Fraktion den schlimmsten Vorwurf zu machen, den es hier nach Lage der Dinge gibt, nämlich den Vorwurf „parteiwidrigen Verhaltens“. Und neuerdings wird in der „Mannheimer Volksstimme“ in überaus brüskem Tone der Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden, des Staatsrats und stellvertretenden Innenministers Rückert, gefordert.

Bei alledem handelt es sich natürlich um die Frage, ob man noch die Fortsetzung der Koalition in Baden will oder nicht. Die Mannheimer Richtung ist offenbar entschlossen, einen Bruch der Koalition hinzunehmen. Schließlich wird es nach demokratischem Brauch die Parteiverammlung sein, die das letzte Wort spricht. Aber unerquicklich ist und bleibt der Konflikt unter allen Umständen. (Ein außerordentlicher Landesparteitag findet am 27. November in Offenburg statt.)

Bei einer Durchsuchung eines SA.-Heims in Gamburg, aus dem mehrere Schutzpolizisten beschossen worden waren, wurden 15 SA.-Leute festgenommen.

Das Chemnitzer Schwurgericht hat den Kommunisten Bartl, der in dem nationalsozialistischen „Café Herold“ in der Nacht vom 4. zum 5. August den der NSDAP. nahestehenden Dentisten Kriebel durch einen Schuß tödlich verletzt hatte, wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Zwischen dem Gemeinderat Sevilla und dem Luftschiffbau Zeppelin wurde ein Abkommen über die Errichtung eines Flughafen abgeschlossen.

Zwei bedeutende Karlsruher Ereignisse

Das in größtem Rahmen aufgelegene Furtwängler-Konzert

war die Erfüllung einer längst fälligen Pflicht. Wie oft hatte doch dieser deutsche Meisterdirigent mit seinem weltberühmten Berliner Philharmonischen Orchester in den letzten Jahren rings um Karlsruhe konzertiert und war leider nie noch in der badischen Landeshauptstadt, mit der ihn zudem Jugend-erinnerungen verbinden, zu Gast gewesen. Gewiß gab es dafür allerhand recht triftige Gründe, aber neben rein materiellen Bedenken, die das Risiko eines so kostspieligen Konzerts abends mit sich brachte, verhinderte doch auch eine zu einseitig aufs Lokale eingestellte Musikpolitik bisher sein Kommen. Jetzt, wo die Schwierigkeiten endlich überwunden sind, wollen wir uns doppelt über seinen Besuch freuen, wenn schon er sich ein bißchen arg verzögert hat, und gleich die Hoffnung aussprechen, er möge nun uns wie anderwärts zu einem alljährlich regelmäßigen Ereignis und Erlebnis werden.

Denn beides wurde dies Konzert mit seinem klassisch distinktierten Programm und mehr noch durch dessen von wahrhaft edelstem Musikgeist getragene Ausführung. Schon die dreißigjährige D-Dur-Sinfonie, die Mozartsches Mittelmaß weit übertrifft und ganz nahe an seine lehrinformativsten Erlöge heranrückt, erfährt durch den so homogen zusammengesetzten Klangkörper, daß er selbst auf den leisesten Wind seines Dirigenten folgt, ein substantiell wie ideell hochgespanntes Wiedergabe. Vielen mochte freilich erst Schuberts „Unvollendete“ völlig klarlegen, was dieses bewundernswerte Orchester über eine rein technische Fertigkeit noch hinaus kann. Zweifellos hat man im jatten Ton der Bläser und in solch von Herzen kommender Fühlbarkeit der Streicher die zwei Säule nur selten gehört, zugleich unter einer Stabführung, die einfach und zwingend scheint, obwohl sie letzten Endes doch ein Unabwägbares und Unbeschreibliches assoziiert. Zum Schluß dann noch Beethovens A-Dur-Sinfonie, suggestiv wirksam nicht nur dort, wo Furtwängler mit der Hand geradezu eine Kantilene vorzeichnete, sondern unmittelbar patend vor allem in den Teilen, wo er die Rhythmi in scharfem und sehr genauen Profil (frappant wie sofort der pochende Auftakt des Vivace sich als poetischer Träger des Ganzen kundgibt und nie wieder aus den Augen lassen wird!) martierte und zu dämonischen Steigerungen auftrieb. In dieser aus innerer Kraft und im-

Badischer Teil

Minister Dr. Baumgartner zum evangelischen Kirchenvertrag

Kultusminister Dr. Baumgartner, der sich von seiner Erklärung einigermaßen erholt hat, gab Dienstag mittig den Landtagsjournalisten eine Erläuterung zum evangelischen Kirchenvertrag.

Er führte aus, der Regierung sei daran gelegen gewesen, nach Möglichkeit innerlich und äußerlich Parität zu wahren. Der Minister glaubt, daß dies gelungen sei. Auf die Besonderheit der inneren Struktur der Evangelischen Kirche — so fuhr er fort — mußte Rücksicht genommen werden, da, wo keine parallele Struktur mit der katholischen Kirche vorhanden ist. Daraus erklären sich die Abweichungen vom katholischen Konfordat. Der wichtigste Punkt war die Frage der sogenannten politischen Klauseln, auch bei der Ernennung des evangelischen Kirchenpräsidenten, der an sich von der Landesynode gewählt wird. Der Staat hat hier ein ähnliches Interesse wie bei der Ernennung des Erzbischofs, daß gegen die Persönlichkeit des zu Bestellenden nicht Bedenken allgemein-politischer und staatspolitischer Art bestehen. Es wurde ausdrücklich festgelegt, daß nicht parteipolitische Bedenken und Bedenken kirchlicher Art darunter fallen. Wie bei der Erzbischofswahl wird die Geltendmachung von Bedenken keine absolute Bewirkung haben, sondern nur eine relative sein. Kommt der Versuch einer Einigung zwischen Kirche und Staatsbehörde nicht zustande, dann ist auch die Evangelische Kirche frei bei Verlegung des Kirchenpräsidenten.

Im übrigen besteht die Amtsfreiheit und die Freiheit der Vermögensverwaltung im gleichen Umfang wie bei der katholischen Kirche, ebenso das Steuererhebungsrecht und das Eigentumsrecht. Das Austauschrecht für den Staat beschränkt sich auf diejenigen Grundstücke, an denen zwar ein Eigentumsrecht des Staates besteht, aber auch ein kirchliches Nutzungsrecht. Die Dotation von 240 000 RM. setzt sich zusammen aus den bisherigen Positionen des Kultusbudgets, nur aufgerundet, die Differenz beträgt etwa 9—10 000 RM. Die Frage der Restituten der einzelnen Positionen bleibt im Konfordat wie im evangelischen Kirchenvertrag offen.

Der Minister machte dann noch nähere Ausführungen über die Befreiung der Lehrkräfte an der theologischen Fakultät Heidelberg, und wies darauf hin, daß in dem Vertrag mit der Evangelischen Kirche und in seiner Begründung vieles wörtlich aus dem Konfordat übernommen wurde. So entspricht beispielsweise der Wortlaut des Artikels 8 genau dem des katholischen Konfordsats.

Zum Schluß betonte der Minister, daß der Staatsvertrag nicht einseitig aufgehoben werden könne, ohne Zustimmung des anderen Teiles.

Die Konfordsatsberatung im Haushaltsausschuß

Am Freitag beginnen im Haushaltsausschuß des Landtags die Beratungen über das Baden-Konfordat. Wieviel Zeit diese Beratungen in Anspruch nehmen werden, läßt sich nicht voraussagen; infolgedessen ist es noch ungewiß, ob die Kirchenverträge noch im Monat November an das Plenum des Landtags kommen.

Die NSDAP-Fraktion lehnt das Konfordat ab

Am Schluß eines längeren Artikels, in dem sich der Landtagsabgeordnete Walter Köhler, Mitglied der Fraktion der Nationalsozialisten, mit dem Konfordat auseinandersetzt, heißt es u. a.: „Die Nationalsozialistische Fraktion wäre bereit gewesen, bei der Schaffung des Vertragswerkes positiv mitzuarbeiten. Man hat uns nicht gewollt. Wir lehnen daher vor dem gesamten badischen Volke die Verantwortung für einen Vertrag, auf den wir keinerlei Einfluß hatten, ab und sprechen gleichzeitig dem badischen Landtag, der in seiner Weise mehr dem Willen des badischen Volkes entspricht, das Recht ab, in seinem Sterblich-jahr noch derartig wichtige Verträge abzuschließen.“

Sozialdemokratischer Parteitag am 27. November

Die Sozialdemokratische Partei Badens wird sich am Sonntag, den 27. November 1932, in Offenburg, auf einem außerordentlichen Parteitag mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteimitgliedschaft und dem Landesvorstand auf der einen und der Landtagsfraktion auf der anderen Seite in der Frage des Konfordsats beschäftigen. Man wird — wie aus Mannheim gemeldet wird — versuchen, im Plenum des Land-

pulsiver Schaffensfreude geborenen Auslegung, der man übrigens anmerkte, daß auch die Philharmoniker am Beginn einer schweren Konzertsaison doch bedeutend frischer musizieren, wie am müden Ende, ward die Siebente feistlicher Abschluß und darstellerisch jedenfalls der Höhepunkt des Abends.

Solange eine Lösung des modernen Tanzproblems eines-teils aus der räumlichen Theorie Labans ertrinkt wird und andererseits doch irgendwie der geist-rhythmischen Kontrapunkt von Mary Wigman (oder ähnlichen) verhaftet bleibt, ist ein kräftiger Impuls kaum und nicht einmal eine wertbeständigere Synthese zu erwarten. Auch von

Greg Valuca

nicht, so sehr sich diese junge längererische Erscheinung neuerdings in den Vordergrund zu drängen bemüht. Sie hat allerdings ein prächtvolles Körpertraining und eine ebenso elegante Weinführung, doch ichönste sich wölbende Rückenbeugen oder mit parjamen Armarabesten verzerrte Laufschriffe brechen studienhaft ab, bevor etwas Tänzerisches aufschwingen soll. Was also Tanz sein will, ist zwar nicht bloß Gymnastikparade und somit keine in der Klischeegeiste erhaltene Fäbheit, aber höchstens bewegte Plastik und niemals auch nur pantomimische Ekstase. Ja, bei dieser tanztänzerisch so ungewohnt wohlgerüsteten Frau bleibt die Gestalt fast ebenso starr wie das kostümliche Bewerk stumm, ohne das jedoch ein in seinen Gelenken und Scharnieren noch so gelodertem Körper dem Auge Erhebliches schuldig bleibt, wenn er nicht wie in den „Technischen Improvisationen“ von vornherein auf mimische Kräfzeng verzichtet oder wie in der zweitbesten der zwölf Nummern, in „Glanzball“ sich auf Weinsprünge spezialisiert. Daher auch ein insgeheim schlaffer Abschluß der Vorführung, obwohl dem Brauch einer tanzbegeisterter Zeit gemäß es zwischenherdurch nicht an lebhaftem Weifall fehlte, an dem übrigens noch Gottfried Weifse als stets minutiös bereiter Flügel-Mann eigenlich hätte teilhaben müssen.

Die Berliner

Gerhart-Hauptmann-Gebung

Gerhart-Hauptmann-Fest im Staatl. Schauspielhaus in Berlin

Bei der von Reichsregierung und kommissarischer preußischer Staatsregierung am Dienstag im Schauspielhaus veranstalteten Feier zum 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns hielt nach

tags eine Verschiebung der Abstimmung über das Konfordat durch einen Verlagsantrag zu erreichen.

Badischer Landtag

Salbige Beratung des neuen Landtagsgesetzes

Außer den beiden Mantelgesetzen über den Abschluß von Verträgen zwischen dem Freistaat Baden und der katholischen Kirche, sowie der Vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirche in Baden wird der Landtag in Wäde sich mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes befassen. Bekanntlich ist beabsichtigt, die Zahl der Landtagsabgeordneten auf 65 herabzusetzen (augenblicklich zählt der Landtag 88 Abgeordnete). Für später ist ein Gesetzentwurf über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu erwarten.

Aus den neuen Eingängen

Dem Landtag sind von der Regierung zugegangen: Eruchen des Justizministeriums um Verbeiführung einer Entschlie-ßung des Landtags über Strafverfolgung des Abg. Robert Wagner wegen Verleumdung des Schriftleiters Ernst Mayer in Gbingen, und vom Justizministerium eine Vorlage über Änderung des Landesjustizkostengesetzes.

Unter den Anträgen befinden sich solche der NSDAP. zur Einkommenbesteuerung, und zwar Kürzung von Rentenbezügen und Festsetzung eines Beamtenhöchstgehalts, und des Evang. Volksdienstes über die Erstellung einer festen Redarbrücke zwischen Obriheim und Dietesheim, die mangelhaften Verkehrsverhältnisse und die Überlastung der Redartrage. Von den Kommunisten sind Anträge eingegangen, die sich gegen die Notverordnungen wenden, die Strompreise des Badenwerks, Winterhilfsmahnahmen und Notmahnahmen für Unwettergeschädigte zum Gegenstand haben.

Unter den Gesuchen befinden sich solche der Arbeitsgemein-schaft der Neuhäuser in Süddeutschland über ein Neuhäuserversicherungsgezet, verschiedener Gemeinden über die Fiskal- und Warenhaussteuer, des Vereins badischer Fortbildungsschullehrer über Dienststellenzulage der Fortbildungsschullehrkräfte, des Verbandes badischer Beamten und des Verbands der Hausmeister, Amtsgehilfen und Nachmeister über Stellungenzulagen für Hausmeister und Amtsgehilfen, des Reichsverbandes der deutschen Versicherungs-Generalagenten über die wirtschaftliche Betätigung von Beamtenverbänden im Versicherungsweien, der Stromabnehmerkommission der Bezirke Karlsruhe und Rastatt über Senkung der Strompreise des Badenwerks, des Reichsbundes der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie, des Landesverbandes Baden über Erhebung von Gebäudefondsteuer, Verzinsung und Tilgung von Baudarlehen, und des Badisch-Württembergischen Weinbauverbandes für Hybridreben, über die Hybridreben. — Weitere Gesuche betreffen die Unwettergeschädigten im Kaiserstuhlgebiet.

Bahnelektrifizierung und Rheinbrücke

Die Deutsche Volkspartei hat eine förmliche Anfrage, betr. die Elektrifizierung der Reichsbahnstrecken in Baden eingebracht, in der es heißt: „Zuverlässigen Mitteilungen zufolge, erklärte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft z. B. nicht in der Lage zu sein, die Elektrifizierung von Reichsbahnstrecken westlich von Stuttgart, insbesondere die der badischen Hauptlinie Frankfurt-Wädel in Angriff zu nehmen. Während Bayern und Württemberg fortgesetzt elektrifizieren, verweigert man Baden das gleiche Recht. Dabei geben die am Oberhaupt und im Schwarzwald vorhandenen Wasserkräfte sowie die Dichte des Verkehrs auf der badischen Hauptbahn die erforderlichen Voraussetzungen. Die gefahrvolle Konkurrenz auf der linken Rheinseite macht die Elektrifizierung dringend notwendig. Wirtschaft und Verkehr, aber ebenso das ohnehin schwer um seine Existenz ringende Fremdenverweh unferes notleidenden Grenzlandes haben ein Anrecht darauf, daß die Elektrifizierung der badischen Hauptbahnen möglichst schnell in Angriff genommen wird. Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um den berechtigten badischen Verkehrsinteressen Geltung zu verschaffen?“

In einer weiteren förmlichen Anfrage über die Errichtung einer festen Brücke bei Maxau wird gesagt: „Die dringend notwendig gewordene Inangriffnahme des Baues der Maxauer Brücke wird allem Anschein nach durch Widerstände von bayerischer Seite verzögert. Welche Mahnahmen sind von seiten der badischen Staatsregierung unternommen worden, um zu einem abschließenden Ergebnis mit Bayern und der Reichsbahn-Gesellschaft zu kommen?“

Schluß der Festvorstellung bei Aberreichung der Großen Goldenen Staatsmedaille Reichsminister Dr. Bracht eine Ansprache, in der er dem Dichter die Glückwünsche des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der kommissarischen preußischen Staatsregierung übermittelte. Er teilte mit, daß die preußische Staatsregierung den Grundstock zu einer Stiftung gelegt habe, aus deren Erträgen jährlich ein oder einige deutsche Schriftsteller, insbesondere der jüngeren Generation, ein Stipendium erhalten sollen, das sie auf ein Jahr des Kampfes ihrer wirtschaftlichen Existenz entbehrt. Diese Stiftung, soll den Namen „Gerhart-Hauptmann-Stiftung“ tragen, und es sollen die Stipendien nur mit der persönlichen Zustimmung Hauptmanns erteilt werden. Eine in privaten Kreisen begonnene Sammlung hat bereits ein Kapital von annähernd 50 000 M zusammengebracht. Gerhart Hauptmann erklärte: das schönste Geschenk sei ihm der staatliche Preis, der seinen Namen tragen solle. Er fühle sich in diesem Augenblick weit von aller Politik, und er möchte gern einstimmen in den Wunsch nach einer Ruhepause in dem leider unumgänglichen politischen Kampfleben. — Der preußische Kultusminister Grimme hat bereits am Dienstagvormittag Gerhart Hauptmann die Verleihungsurkunde für die Große Preußische Staatsmedaille überreicht. Die kommissarische Staatsregierung hatte dazu erklärt, daß sie allein zu einem solchen Hoheitsakt berechtigt sei. Die preußischen Staatsminister nahmen an der Festauf-führung im Staatstheater nicht teil, weil sie es nicht für richtig hielten, als Gäste der Reichsregierung einer ohne ihre Mitwirkung eingeleiteten Aufführung beizuwohnen und Preußen festlich zu repräsentieren, bevor sie in ihre verfassungsmäßigen Ämter und Arbeiten wieder eingesetzt seien. Die Aberreichung der Medaille erfolgte durch den Reichskommissar Dr. Bracht als Vertreter der Reichsregierung.

Professor Dr. Jäch Werkbundvorsitzender. Der Hauptvorstand des Deutschen Werkbundes hat jetzt als Nachfolger von Geheimrat Dr. Peter Brudmann Prof. Dr. Ernst Jäch zu seinem 1. Vorsitzenden gewählt. In den Vorstand wurde u. a. Greif, Stuttgart kooperiert. Prof. Dr. Jäch, von 1902—1912 Hauptschriftleiter der „Redar-Zeitung“, war schon vor seiner Übersiedlung nach Berlin (1912) im Werkbund tätig und hat u. a. die Werkbund-Ausstellung in Köln mit vorbereitet, die, nahezu fertig, durch den Ausbruch des Weltkriegs nicht durchgeführt werden konnte. Auch für die neue, vom Werkbund beabsichtigte Ausstellung „Die neue Zeit“ hat Dr. Jäch im wesentlichen die Vorarbeiten geleitet. Es ist noch nicht bestimmt, ob diese Ausstellung, die für heuer geplant war, schon nächstes Jahr oder 1934 abgehalten wird.

Statistische Erfassung der Wahlergebnisse vom 6. November

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In Wälde erscheint das Wahlheft mit den badischen Wahlergebnissen der Reichstagswahl am 6. November 1932, das u. a. die auf die 9 größten Parteien in den einzelnen Gemeinden entfallenen Stimmen enthält. Ein diesmal beigegebenes alphabetisches Gemeindeverzeichnis erleichtert den Gebrauch.

Es ist vom Badischen Statistischen Landesamt in Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 1, zum Selbstkostenpreis (1 RM) zu beziehen. Sofortige Aufgabe der Bestellung ist notwendig, weil aus Sparmaßregeln nur eine kleine Auflage gedruckt werden kann.

Auch vom badischen Wahlheft über die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden, aus dem Stücke zum nunmehr ermäßigten Preis von 1 RM abgegeben werden können.

Die Einweihung der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen

Das für die Brückeneinweihung in Mannheim-Ludwigshafen am kommenden Samstag in Aussicht genommene Programm wird nunmehr auch in seinen Einzelheiten bekannt.

Der Einweihungsakt soll folgendermaßen vor sich gehen: Gegen 2 Uhr wird Reichskanzler von Papen das Band, mit dem die Brücke gesperert ist, durchschneiden. Dieses Zeremoniell wird von Hölzerhütten und dem Geläute der Glocken begleitet werden. Alsdann überschreiten die Ehrengäste die Brücke und begeben sich vor den Pfalzbau, bei ungünstigem Wetter in den Kongressaal des Pfalzbaues in Ludwigshafen. Erster Bürgermeister Dr. Carius wird sodann den Reichskanzler und die übrigen Ehrengäste begrüßen. Die Übergabe der Brücke wird entwerfen der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dopfmüller, oder der Präsident der Gruppenverwaltung Bayern, Feuerlein, vornehmen. Darauf sprechen die Vertreter der Länder Bayern und Baden. Nach den Ansprachen begeben sich die Teilnehmer über die Brücke zum Mannheimer Schloß, wo Oberbürgermeister Dr. Heimerich sprechen wird. Bei dem sich anschließenden Tee-Empfang im Schloß wird der Reichskanzler eine politische Rede halten. An dem Empfang im Schloß werden mehrere hundert Personen teilnehmen.

Aus den Parteien

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Dienstag den neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Einstimmig wurden bestimmt: 1. Vorsitzender: Abg. Rüdert, 2. Vorsitzender: Abg. Markhoff, 3. Vorsitzender: Abg. Graf, zugleich Kassier, Schriftführer: Heib. Herr Reinhold hat auf eine Wiederwahl als 2. Vorsitzender verzichtet.

Ein badischer Kommunist vor dem Reichsgericht

Aus Leipzig wird berichtet: Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Dienstag den Arbeiter Alois Orthöfer aus Udenbach bei Schönau i. W. wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 7 Monaten Festungshaft. Zwei Monate und vier Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Dem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 10. August 1931 beobachtete ein Polizeibeamter den Angeklagten Orthöfer, wie er in einem Haus kommunistische Flugblätter verteilte. Diese Flugblätter waren von der Polizei nicht genehmigt. Sie enthielten hochverräterischen Inhalt. Bei der Festnahme Orthöfers fand man noch etwa 25 Flugblätter, etwa 25 hatte er bereits verteilt. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Angeklagten wurden noch alte Druckschriften, „Der rote Alarm“ gefunden. Orthöfer gilt zwar als ein ruhiger und ordentlicher Mann, ist aber ein eifriges Mitglied der KPD. Er gibt auch zu, daß er die Bestrebungen der KPD, die darauf abzielen, die bestehende Staatsform durch Gewalt zu ändern, fenne und auch billige. Der Senat billigte dem Angeklagten die Überzeugungsüberzeugung zu.

* Mannheim, 16. Nov. Die „Volksstimme“ erklärte auf verschiedene Anfragen hin, daß die sozialdemokratische Stadtratsfraktion beschlossen hat, sich an den Einweihungsfeierlichkeiten bei Übergabe der neuen Rheinbrücke nicht zu beteiligen.

Gemeinderundschau

Disziplinarverfahren gegen kommunistische Stadträte. In dem Disziplinarverfahren gegen die kommunistischen Stadträte Bäg und Frau Böserich in Offenburg fällt der Verwaltungsgerichtshof folgendes Urteil: Stadtrat Bäg wird dienstentlassen, Frau Böserich erhält einen Verweis.

Der Gemeinderat Weil a. Rh. nahm in seiner letzten Sitzung mit Befriedigung von der Entscheidung des Innenministeriums Kenntnis, wonach von weiteren Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahn Abstand genommen wird. Durch das Arbeitsprogramm der Regierung Papen hat auch die Reichsbahn Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um eine Reihe von Arbeiten auch in Oberbaden ausführen lassen zu können. Die bei den Werkstätten in Galtlingen usw. vorgenommenen Kürzungen konnten deshalb einstweilen aufgehoben werden.

Der Bürgerausschuß Staufen stimmte der Gründung der Barchwert-GmbH, Staufen, die sich mit dem Abbau des Schwerpatorkommens auf der dortigen Gemarkung befassen soll, einstimmig zu. Mit der Inbetriebnahme des Wertes darf in allernächster Zeit gerechnet werden. In erster Linie sollen dabei Staufferen Wohlhabenderwerbende Beschäftigung finden.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Besuch des Reichskanzlers in Karlsruhe. Reichskanzler v. Papen wird — wie bereits berichtet — in der Nacht zum Freitag hier eintreffen und im Hotel „Germania“ Wohnung nehmen. Am Samstagvormittag 10 Uhr wird im Staatsministerium eine Aussprache mit den Mitgliedern der badischen Regierung stattfinden, worauf sich dann der Reichskanzler sowie die badischen Minister und das Landtagspräsidium zur Einweihung der neuen Brücke um 12.15 Uhr nach Mannheim begeben werden.

Todesfälle. Im hohen Alter von 85 Jahren ist Medizinalrat Dr. Brian gestorben. Dr. Brian war früher einer der geachteten Ärzte Karlsruhes. — In der Nacht zum Montag starb im Alter von 78 Jahren der Kgl. preuß. Oberst a. D. Hans Frhr. von Salmuth, Friedenskommandeur des 1. Bad. Feldartillerieregiments „Großherzog“ Nr. 14, das er drei Jahre führte. Frhr. v. Salmuth zeichnete sich bei dem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1878 besonders aus, so daß er vorgewürdigt befördert wurde.

Die erste Prämie der Winterhilfe-Lotterie. Bei der gestern vormittag unter amtlicher Aufsicht gezogenen 1. Prämie der Karlsruher Winterhilfe-Lotterie fiel der Prämiegewinn von 100 RM auf das Los Nr. 6896. Die Auszahlung des Gewinns erfolgt nach Prüfung der Richtigkeit der vorliegenden Prämianteilbescheinigung bei der Geschäftsstelle der Winterhilfe-Lotterie, Kaiserstraße 156. Falls das Los im Ziehungs-Spiel gekauft worden ist, entfällt auf jeden Mitspieler ein Betrag von 20 RM. Die 2. Prämie von 100 RM gelangt voraussichtlich nächste Woche zur Ziehung. Bis jetzt ist auch der 2. Hauptgewinn von 500 RM noch nicht gefallen.

Badisches Landestheater. „Der blaue Vogel“, das russisch-deutsche Künstlertheater, veranstaltet am Freitag, den 18. November im hiesigen Konzerthaus, wo er innerhalb des letzten Jahres bereits zweimal erschien, wiederum ein Gastspiel unter persönlicher Leitung und Mitwirkung seines ausgezeichneten Direktors J. Juschn. Nach mehr als dreitausend Vorstellungen schmeißt die Troupe der russischen Kolumbinnen und Pierrots immer noch durch Europa und Amerika. — Es ist nicht nötig, dem Karlsruher Publikum zu sagen, was „Der blaue Vogel“ als künstlerische Erscheinung bedeutet. Juschn tritt diesmal mit neuem Programm vor uns, aus zwölf Einzelnummern bestehend, wozu noch sein persönliches Auftreten als Anführer und Erläuterer kommt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: In Nordbaden hat sich gestern der Nebel den ganzen Tag hindurch gehalten, da die Luftbewegung wegen der gegenwärtig über Europa sehr flachen Luftdruckverteilung ziemlich gering blieb. Eine wesentliche Änderung wird voraussichtlich auch bis morgen nicht eintreten. — Voraussage: Fortdauer der Trockenperiode, in tiefen Lagen meist neblig, im Gebirge vorwiegend heiter.

Handel und Wirtschaft

Verkaufsfähigkeit bei Daimler-Benz. Der Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG, Berlin-Stuttgart, hat am 14. Nov. 1932 den Abschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr festgelegt. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt einen Rohüberschuß von 9,4 (14,6) Mill. RM, dem Handlungsunkosten in Höhe von 7,7 (11,4) Mill. RM, soziale Abgaben von 2,3 (2,7) Mill. RM, Steuern von 1,7 (2,1) Mill. RM und Zinsen von 1,9 (2,3) Mill. RM gegenüberstehen. Dazu treten die laufenden Abschreibungen von 4,4 (4,4) Mill. RM und außerordentliche Abschreibungen auf Beteiligungen, Tochtergesellschaften, Debitoren und Vorräte von 6,6 Mill. RM. Der sich hieraus ergebende rechnerische Verlust wird zum Teil gedeckt durch die Auflösung des Reservefonds von 2.272.503 RM. Weitere 4.808.352 RM werden durch den Budgetgewinn aus der Einziehung der nom. 6.740.000 RM eigenen Stammaktien gedeckt. Der alsdann verbleibende Verlustsaldo von 8.430.709 RM soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Durch die Einziehung der eigenen Aktien wird das Aktienkapital auf nom. 43.620.000 RM ermäßigt.

Millionen Deutscher leiden Not spendet zur Winterhilfe 1932/33!

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Neuwahl des Reichstags.

Der Kreiswahlausschuß hat in seiner Sitzung vom 12. November 1932 die im 82. Reichstagswahlkreis zum Reichstag gewählten Abgeordneten und die Reihenfolge ihrer Ersatzmänner festgesetzt. Gemäß § 139 Absatz 3 der Reichstimmordnung gebe ich nachstehend die Namen der für gewählt erklärten, der Ersatzmänner sowie die Zahl der überhaupt in der für die einzelnen Wahlkreislösche abgegebenen Stimmen bekannt:

1. Kreiswahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung):
Abgegebene gültige Stimmen: 404.542.
Es sind hiernach gewählt:
1. Bauner Robert, Schriftsteller, Karlsruhe, Kriegsstr. 93,
2. Roth Robert, Landwirt und Zimmermann, Liedolsheim, Wächlerstr. 38,
3. Rupp Johannes, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Siebigstr. 8,
4. Rudin Hanns, Schriftleiter, Karlsruhe, Weinbrennerstr. 54,
5. Weibel Otto, Ingenieur, Heidelberg, Postartstr. 20,
6. Huber Ludwig, Hofbauer, Bach 5, Oppenau, Schwarzhof.

Erfahrene sind:
Ziegler Willy, Arbeiter, Heidelberg, Römerstr. 21,
Hildebrandt Richard, Kaufmann, Waldtrudering b. München, Südtürkenerstraße,
Plattner Friedrich, Kaufmann, Friedrichstal, Hauptstr. 46,
Gug Wilhelm, Forstrat, Waldshut, Eisenbahnstr. 13,
Illmer Adalbert, Schmied, Reicholzheim, Amt Wertheim,
Brombacher Runo, Bibliothekar, Baden-Baden, Augustplatz 1,
Pender Otto, Landwirt, Eichtrichheim b. Wiesloch,
Stäbel Oskar, Dr.-Ing., Dipl.-Ing., Karlsruhe, Klappschiffstr. 3,
Boggs Wilhelm, Regierungsinspektor, Karlsruhe, Kirchstr. 115,
Maier Karl, Landwirt, Kapfelerode, Bernshardshöhe 358,
Boos Reinhard, Proturist, Lörach 2, Kreuzstr. 115,
Geiger Wilhelm, Landwirt, Siebhad, Amt Sinsheim,
Reil Vinzenz, Gutinspektor, Ruchdorf, Amt Überlingen,
Ratheiser Theodor Dr., Facharzt, Heidelberg, Bergstr. 59,
Kemper Friedrich, Vertriebsleiter, Karlsruhe, Waldstr. 36,
Roth Reinhold, Chemiker, Mannheim, B 7, 13 a,
Berber Paul Lambert, Korvettenkapitän a. D., Freiburg i. Br., Urachstr. 25,
Geß Wilhelm, Werkmeister, Teningen, Amt Emmendingen,
Gottler Heinrich, Landwirt, Adelshofen, Amt Sinsheim,
Odenwälder Karl, Maschinenführer, Ziegelhausen, Amt Heidelberg.

2. Kreiswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:
Abgegebene gültige Stimmen: 154.383.
Es sind hiernach gewählt:
1. Dr. h. c. Kemmele Adam, Geschäftsleiter, Hamburg, Beim Strohhauje 14,
2. Roth Ernst, Redakteur, Mannheim, Schwarzwaldstr. 18.
Erfahrene sind:
Meier Stefan, Kaufmann, Freiburg, Merianstr. 9,
Veit Hermann, Rechtsanwalt, Akademiestr. 17,
Aman Josef, Parteisekretär, Heidelberg, Pfaffengrundstr. 72,
Lohmann Albert, Schriftleiter, Horschheim, Habermeierstr. 18,
Wehner Martha, Hauptlehrerin, Mannheim, Almenhof 4,
Großhans Karl, Schriftleiter, Konstanz, Hufenerstr. 43.

3. Kreiswahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands:

Abgegebene gültige Stimmen: 169.137.
Es sind hiernach gewählt:
1. Kemmele Hermann, Metallarbeiter, Berlin W 30, Luitpoldstraße 47,
2. Doll Franz, Dreher, Heidelberg, Bahnhofstr. 15.
Erfahrene sind:

Chemnitz Walter Rudolf, Maurer, Lörach, Wilhelmstr. 14,
Edert Erwin, Redakteur, Düsseldorf, Zimmermannstr. 65,
Uhrig Pius, Landwirt, Wittersdorf, Hauptstr. 302,
Geffe-Kaasch Gertha, Angestellte, Mannheim, Humboldtstr. 5,
Schleimann Karl, Dreher, Mannheim, Ruchbacherstr. 1,
Wallendorff Philipp, Lederarbeiter, Weinheim, Hauptstr. 47,
Siebig Hermann, Eisenbahnarbeiter, Redarhausen, Hauptstraße 135,
Neger Frieda, Einlegerin, Karlsruhe, Jähringerstr. 15,
Neigl Anton, Transportarbeiter, Singen a. S., Darfenstr. 12,
Maulbettsch Georg, Zimmermann, Mannheim, U 6, 25,
Engl Georg, Bauarbeiter, Freiburg i. Br., Markgrafenstr. 12 e,
Schmidt August, Schlosser, Stodach, Winterpürerstr. 45,
Bog Richard, Arbeiter, Offenburg, Katernbau 9,
Schrapf II Eugen, Maurer, Philippsburg, Idenheimer Str. 29.

4. Kreiswahlvorschlag der Badischen Zentrumspartei:

Abgegebene gültige Stimmen: 329.614.
Es sind hiernach gewählt:
1. Dr. Frhr. Ernst Gottlieb, Diözesanpräses, Freiburg, Schwimmbadstr. 21,
2. Dr. Schmitt Josef, Staatspräsident und Justizminister, Karlsruhe, Feiertheimer-Allee 16 A,
3. Erising Josef, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Klosestr. 17,
4. Diez Carl, Landwirt, Radoßzell, Jakobstr. 5,
5. Dr. Hadersberger Albert, Fabrikbesitzer, Döflingen, Pfeilhof.
Erfahrene sind:

Siebert Clara Maria, Ehefrau, Karlsruhe, Molkestr. 65,
Lamm Anton, Landwirt, Wagenfeld, Ortstr. 10,
Röll Peter Alois, Bauunternehmer, Mannheim, Schmiedgasse 7,
Geurich Fridolin, Bezirksleiter, Karlsruhe, Redarstr. 46,
Bohnert Wilhelm, Bürgermeister, Ottenhöfen,
Braun Josef, Reichsbahninspektor, Konstanz, Justusstr. 33,
Gaas Emma, Ehefrau, Freiburg, Erwinstr. 39,
Ziegler Faber, Landwirt, Oberkirch, Volksbühnenstr. 26,
Kühn Matthias, Oberregierungsrat, Karlsruhe, Kirchstr. 162,
Denkler Adalbert, Geschäftsführer, Neustadt i. Schw., Dennenbergstr. 4,
Dr. Seiterich Ludwig, Stadtrechtsrat, Karlsruhe, Englerstr. 8,
Baur Wilhelm, Chefredakteur, Karlsruhe, Rudolfstr. 15,
Duffner Josef, Gutbesitzer, Furtwangen, Marktplatz 15.

Für die übrigen Kreiswahlvorschläge, auf welche Abgeordnetenstimmen nicht entfallen, sind gültige Stimmen abgegeben worden:

5. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) 47.417
 - 6a. Kreiswahlvorschlag des Radikalen Mittelstandes 1.638
 7. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei 23.574
 8. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Staatspartei 26.914
 9. Kreiswahlvorschlag des Evangelischen Volksdienstes 21.079
 - 9a. Kreiswahlvorschlag der Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront) 848
 10. Kreiswahlvorschlag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 3.536
 11. Kreiswahlvorschlag Vereinte Bauern (Deutsche Bauernpartei — Deutsches Landvolk) 626
 14. Kreiswahlvorschlag der Volksrecht-Partei 899
 17. Kreiswahlvorschlag der Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands (Höring-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) 152
 18. Kreiswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 730
 19. Kreiswahlvorschlag Polenliste 99
 21. Kreiswahlvorschlag der Reichswirtschaftlichen Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft) 456
 25. Kreiswahlvorschlag der Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 158
 26. Kreiswahlvorschlag der Kleinrentner, Inflationsgeschädigten und Vorkriegsgeldbesitzer 462
 27. Kreiswahlvorschlag der Nationalen Freiheitspartei Deutschlands 238
 28. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Reformpartei 207
- Abgegeben gültige Stimmen im Wahlkreis überhaupt: 1.186.707

Karlsruhe, den 16. November 1932.
Der Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises (Baden),
Walz.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurruheetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
Zum Gendarmerieoberwachmeister, Gendarmeriehauptwachmeister Gustav Jäglin in Tegernau, Amt Schopfheim.

Verfetzt:
Verwaltungsobersekretär August Weis beim Bezirksamt Adelsheim zu jenem in Mannheim; Verwaltungssassistent Bernhard Bohlauer beim Bezirksamt Mannheim zu jenem in Wolfach.

Kraft des Gesetzes in den Ruhestand getreten:
Revisionsoberinspektor Paul Frid beim Bezirksamt Tauber, bischofsheim.

Zurruhegesetzt auf Ansuchen:
Oberwachmeister Josef Troll bei der Polizeidirektion Baden-Baden.

Gestorben:
Verwaltungsinspektor Robert Doyre beim Landeskommissär in Mannheim.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 17. Nov. 1932
Volkshühne:
Novembervorstellung
Die Regimentstochter
Komische Oper v. Donizetti
Dirigent: Keilberth
Regie: Truscha

Mitwirkende:
Fischbach, Habertorn,
Kraßer, Hofpach, Kainbach,
Löfer, Samato a. G., S. Kin-
demann, Meyer
Anfang 20 Ende 22
Preis C (0,80—4,50 RM)
Der IV. Rang ist für den
allgem. Verkauf freigehalten
Fr. 18. 11. Die Regimentstochter. Im Konzerthaus:
Gastspiel „Der blaue Vogel“. Sa. 19. 11. Eine Nacht in Venedig. So. 20. 11. Nachmittags: Die Räuber. Abends: Oberon. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 46

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 269

16. November 1932

Pfälzische und Heidelberger Anekdoten aus alter Zeit

Von weitergegeben von Stadtbibliothekar Georg Zink, Vorstand der städt. Bibliotheken in Heidelberg

... bei diesen trüblichen Zeiten, schwermütige Gedanken zu vertreiben, ich jederweilen die deutschen Geschichten vor mich genommen und aus denselben unserer Landsleute kluge Reden aufgezeichnet...

Zu den einfachsten poetischen Wiedergaben wahrer Vorkommnisse gehört die kurz und, wenn möglich, humorvoll verfaßte Anekdote. Eine reichhaltige Auswahl bietet die 1653 in Amsterdam gedruckte pfälzische Sammlung des Doktors der Rechte und späteren kurfürstlichen Beamten Julius Wilhelm Zindgraf (nach anderer Überlieferung: Zindgraff), vermehrt durch den Schulmann Johann Leonhard Weidner. „Deutsche Apophthegmata, das ist der Teutschen scharfsinnige kluge Sprüche“, heißt der Titel des über 900 Seiten starken, im Kleinformat gehaltenen Pergamentbandes, der bei den älteren Beständen der Stadtbibliothek eingereiht ist.

Es handelt sich durchaus nicht um ein musterträchtiges Werk. Dazu fehlt ihm — sein ansehnliches Alter von 279 Jahren voll beachtet, (d. h. die umständliche, damalige Art zu schreiben), und verständnisvoll den durch die Wahl eines ausländischen Verlages unmöglich zu umgehenden, aber dessenungeachtet seltenen Druckfehlerreichtum übersehend — recht viel. Beispielsweise hat Kurt Wildhagen — ebenfalls ein Heidelberger Schriftsteller — 1926 unter dem Pseudonym Samogon eine ähnliche, aber weit bessere Arbeit geleistet. Sein im Berlinverlag in Heidelberg erschienenen Büchlein: „Kendz-vous der Leidenschaft“ — zweifelslos die beste neuzeitliche Erscheinung dieser Art — ist zwar kleiner, aber Geist und Humor sprudeln in einem ganz anderen Maße. Ein Feinempfindender, der Dichtkunst Nahestehender, hat den zwar empfindlichen, aber zu sehr nur aufspürenden überflüssigen Zu beachten bleibt allerdings, daß ersterer sich einzig die elegante Zeit des 18. Jahrhunderts herausgegriffen hat, während letzterer bis auf Karl den Großen zurückgeht. Wohl zeigt sich in der Beschränkung auch hier der Meister, andererseits muß ein gewandter Erzähler die herbe Vorlage in eine gewinnende Form zu hüllen verstehen. Da für unser literarisches Suchen jedoch hauptsächlich das Heimatlische in Betracht kommt und Wildhagen meist aus englischen und französischen Quellen geschöpft hat, möge einiges der altertümlichen Zusammenstellung — viel bleibt nicht übrig, denn das Meiste ist entweder recht derb oder zu trocken erzählt — der Vergessenheit entrissen werden. Unserer Aufgabe getreu, sind lediglich da, wo von Geschehnissen in Heidelberg und der Pfalz die Rede ist, einige Beispiele herausgehoben worden.

Herzog Hans, der ältere, von der Pfalz-Zweibrücken hatte einen Junker, Hund genannt, dem er im Spiele viel Geld abgewann. Dem darob Erzürnten entgegnete der Fürst: „So hab' ich mein Lebtag gehört: je magerer der Hund, umso größer die Fische.“

„Hat mein Vetter, auch so viel groß Geschütz?“ wurde der nach Dresden entsandte kurpfälzische Hofrichter Sypolt von Colli bei Besichtigung des Zeughauses gefragt. „Nein, aber soviel hundert Lanten. Der Jagger hat sie meinem Herrn geschenkt. Da man sie nun gebrauchen wollte, hat man nirgends so viele aufbringen können, die sie geschlagen hätten.“

Ein Statthalter hielt dem Medizinprofessor Ludwig Graf (auch Graff geschrieben) vor, die Hochschule koste zuviel und bringe wenig ein. Er erhielt zur Antwort: Eine Universtität ist eine Versammlung von Gelehrten, die nicht dazu bestellt sind, eure Kinder reich, sondern geschickt zu machen, und dafür solltet ihr Geld geben, nicht aber solches verlangen.

Als dem kurpfälzischen Rat Dr. Georg Michael Vingelsheim ein minderwertiges Manuskript unterbreitet wurde mit der Bitte, dessen Nachdruck schützen zu lassen, riet er: Wie wär's, ein Privilegium zu begehren, daß man den Hintern nicht dran wischt?

Auf den Vorschlag, die Verfasser unnützer Bücher zu bestrafen, schrieb er zurück: Jawohl, mit Nichtlesen.

Von Laurentius Zindgraf, dem kurfürstlichen Rat, (des Verfassers Vater) stammt der Ausspruch:

„Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Alte Komödien, neue Komödianten.“

Von einem, der alles vertan hatte und zuletzt Landsknecht wurde, sagte er: „So geht's. Wenn man das Gold und Silber vertan hat, muß man notwendig das Eisen angreifen.“

Was wollt ihr nehmen, um mich zu Wasser in's nächste Dorf zu führen? Der von einem Fremden bei der alten Brücke angehaltene Fischer sprach gelassen: Einen Nachen.

Als zu Beginn des Pfälzischen Krieges eiliche fromme Leute die Frage auflegten, wie sich bedrängte Christen

bei vorkommender Verfolgung zu benehmen hätten, sagte der Pfarrer: es gibt nur drei Wege, zu fliehen. Entweder mit der Seele, mit dem Herzen, oder mit den Füßen.

Beim Aufkommen billigen Kupfergeldes meinte ein Bauer: Wie ist diese Münze so rot? Sie schämt sich — belehrte ihn ein anderer —, daß sie so arm an Silber ist.

„Das muß ein großes Wasser gewesen sein, das euch diesen schönen Baum zugepflüht hat“, neckte der wegen Diebstahls in der Schloßküche ertappte Hofkoch einen Förster im Neckartal. Darauf dieser: „Noch weit größer muß es gewesen sein, als es euch den Karpfen in die Tasche jagte.“

Der Peitschen-Peter hatte sein ihm von verschiedenen hohen Herren geschenktes Schild verlegt. Auf Vorhalten des Landespaters bat er: Euer Kurfürstliche Gnaden machen mich nur 14 Tage lang zu ihrem Kammermeister, so will ich's schon wieder einlösen.

Kilian Schreiner ging von Heidelberg nach Speyer, da begegnete ihm ein Amtsbote. Der fragte mit vorgehaltenem Spieß: kann ich so wohl die Stadt erreichen? Mit dem Spieß nicht, sagte Kilian. Ob er wohl auf diesem Weg hineinkommen könnte, meinte darauf der andere. Warum nicht, als ich fort ging, ist auch ein Heuwagen eingefahren, schwachte der Pfälzer und ließ den unhöflichen Boten stehen.

Dem Kurfürsten Ottheinrich war ein Nestel am Kleid abgegangen. Er brannte ihn am Licht wieder hart. „Gar zu genau für einen Pfalzgrafen“, meinte der Leinwandweber. Sein Herr schlug ihm lächelnd auf die Schulter: „Wann du Kurfürst wirst, so mache es wie du willst.“

Herzog Johannes, der ältere, von Pfalz-Zweibrücken, besuchte seine Schulen. „Was lüest du hier, hast doch kein Buch?“, fragte er ein Kind, das ihm zu jung vorkam. „Herr, ich soll lernen sitzen“, gab es zur Antwort.

Wohl denkt, man ist die Gänse in Heidelberg mit den Federn, denn nirgends unterwegs hab' ich in ein Federbett kommen können, sondern mich mit Junker Salm behelfen müssen“, beklagte sich ein entwandter pfälzischer Rat.

Simon Stenius Cloquentix, Professor zu Heidelberg, gefragt, was nächst Gott die Ursache seines langen Lebens sei, äußerte:

1. Ein gutes Gewissen, 2. daß ich über das, so geschehen, und ich nicht bessern kann, mich nicht allzusehr beklammere, 3. daß ich einen guten Trunk rheinischen Weins, und den nach Notdurft gebrauche.“

Die für heute gegebene Auswahl schließt mit zwei Lebensweisheiten von Leonhard Weidner, Prediger in der Kurpfalz: 1. Einem Alten zugeordnet, der ein junges Mädchen freit: Neuer Wein ist süß, macht aber viel Beschwerden in dem Kopf.“

2. Den Witvern und Witwen zur Lehr: „Ein Mann ohne Frau ist wie ein Fuhrmann, dem die Pferde ausgepannt. Ein Weib ohne Mann, ist ein Leib ohne Seele. Ein Hafen ohne Deckel.“

Ein badisches Trachtenfest in Berlin

Der Verein der Badener zu Berlin feierte am Samstag in den Gesamtträumen des „Orpheum“ sein 28. Trachtenfest. Die Anziehungskraft dieser volkstümlichsten der badischen Veranstaltungen in der Reichshauptstadt ist bei den Mitgliedern und Freunden des Vereins nicht etwa geringer, sondern trotz oder vielleicht gerade wegen der Not in unserer Zeit sogar größer geworden. Eine festlich und heiter gestimmte Menschenmenge — die Mitglieder des Vereins und die Freunde aus den anderen deutschen Landsmannschaften meist in die alten Volkstrachten ihrer Heimat gekleidet — bewegte sich in den mit Tannenzweigen und Fahnen in badischen Farben reich geschmückten Räumen, auf den Emporen und Estraden. Von der Stirnseite des Hauptsaales grüßte ein Kolossalgemälde des Heidelberger Schlosses und von der Längsseite ein solches des Freiburger Münsters die Festteilnehmer, denen die ebenso in Tracht gekleideten Musiker zwei Kapellen fast ununterbrochen zum Tanz und zwar meist zu Walzer, Rheinländer, Polka usw. — aufspielten.

Es war ein prächtiger farbenfroher Anblick, als die Trachtengruppen, jeweils einzeln, unter Vorantritt der Musik von ihren Vorständen geführt, in den Saal einzogen und sich in bester Mitte um den mit gelbroten Bändern geschmückten Maibaum gruppierten. Der 1. Vorsitzende des Badener-Vereins, Ministerialamtmann Muttschler, hieß in seiner Begrüßungsansprache besonders den Chef der badischen Regierung, Staatspräsident Dr. Schmitt, herzlich willkommen. Die Reichsratsverhandlungen der letzten Tage hatten ihn nach Berlin geführt, und es ist erfreulich, daß er die Gelegenheit nicht vorbeigehen ließ, auch einmal einige Stunden im Kreise seiner Landsleute in der Reichshauptstadt zu verweilen. Weiter waren anwesend und wurden vom Vorsitzenden begrüßt: der ständige Vertreter Badens beim Reich, Ministerialdirektor Dr. Fiedt, eine starke badische Abteilung der 8. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 14 aus Weinigen, die zur Zeit in Berlin Wachdienst vertritt, der Badische Kriegerverein von Berlin (Vorsitzender Major a. D. Wittmer), die Trachtenarbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften mit ihren bei-

den Vorständen Kaplanek und Kremer, Vertreter des B.d.B. vom Gau Marl Brandenburg, der Süddeutsche Heimatbund, die Egerländer, die Gruppe Tirol, die Vereine der Bayern, „Gestellt san mer“, Württemberger, Pfälzer, Thüringer, Schleswig-Holsteiner, Ostfriesen, die Elb-Lothringer Gruppe, der Hilfsbund für Elb-Lothringer sowie der alte Elb-Lothringer Verein, der Plattbüsche Verein Luidborn, der Verein heimatreuer Danziger und endlich die Vertreter der schlesischen Vereine. Der Vorsitzende brachte zum Schluß ein Hoch auf die badische Heimat aus, das die Festversammlung freudig aufnahm und mit dem gemeinsamen Gesang des Badener Liedes bekräftigte.

In seiner Dankansprache wies der Herr Badische Staatspräsident im besonderen darauf hin, wie notwendig es sei, daß sich die Landsleute in dieser dunklen Zeit zusammenschließen und sich innerlich zurechtfinden zu Heimat und Volkstum. Es erfreue ihn der Zusammenhalt der Badener in der Weltstadt, aber auch ihr einträchtiges Zusammenwirken mit den anderen deutschen Landsmannschaften. Wer könne, wenn er einmal an einem solchen Fest, wie diesem badischen Trachtenfest, teilgenommen habe, jemals noch von einer Mainlinie reden? Nach einer weiteren Ansprache des 1. Vorsitzenden der Trachtenarbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften, Kaplanek, sang die Versammlung das Deutschlandlied.

Im Verlaufe des Festes führte die Trachtengruppe der Badener und das Gesangsensemble Denbel einige alte Volkslieder vor. Im Juli hatten die badischen Trachtler hoch oben im Norden, in Joppot und Danzig, ihr Können gezeigt und sich in die Herzen der Norddeutschen „hineingetanzt“. Ohne in den Verdacht zu kommen, pro domo zu sprechen, wird jeder Mann mir bestimmen, daß die Durchführung des badischen Glocken- und Bändertanzes sowie des Spinnradeltanzes zu den Höhepunkten des Abends gehörte. Auch die Bayern, Württemberger und Pfälzer gaben einige schöne Tänze aus ihren heimatischen Gauen zum besten. Wer je solchem Tanz zugehört hat, dem ist sicher bewußt geworden, daß die deutsche Volksseele neben der Musik und dem Gesang einen unigeneren Ausdruck ihres Wesens nicht hätte schaffen können, und der Anblick der anmutigen Tänze wird ihm immer wieder ein besonderes Erlebnis bedeuten. Es ist als väterländisches Verdienst zu werten, wenn diese Bräute von der Landsmannschaft (im Berliner Badener-Verein unter der Leitung Kaplanek) in der ursprünglichen Form erhalten und gepflegt werden.

Da nach altem Grundsatz Essen und Trinken Leib und Seele zusammenhalten, war man auch gewissenhaft für die Abung aller besorgt. Badische Spezialitäten, wie Schwarzwaldkuchen, Serbela, Raugenbrot, Honer, vor allem aber der köstliche Inhalt zweier eigens aus dem Markgräflerland bezogenen und mit Laufener 1931er gefüllten großen Fässer haben ihr Teil dazu beigetragen, daß das Abschließen des 28. badischen Trachtenfestes in den Morgenstunden des Sonntags von ungezählten recht betrüblich empfunden wurde.

Kalte Süße

Eines der verbreitetsten menschlichen Übel sind kalte Füße. Sie werden ihrem Träger nicht nur lästig und verschücheln ihm bisweilen den Schlaf, sondern sie geben auch häufig die Veranlassung zu mancherlei Erkältungskrankheiten. Woher kommen nun die kalten Füße und wie bekämpft man sie?

Äußere und innere Ursachen sind daran schuld. In vielen Fällen sind kalte Füße gleichbedeutend mit nassen Füßen; denn wer z. B. mit dünnen Strümpfen und leichten Schuhen durch regennasse oder schneeflechte Straßen stapfen muß, der wird leicht nasse und damit kalte Füße bekommen. Hier hilft nur festes Schuhwerk und sofortiges Vertauschen der nassen Schuhe und Strümpfe gegen trockene, sobald man zu Hause angelangt ist.

Vielmehr beruhen kalte Füße aber auch auf einer inneren Störung des Blutlaufes, die in einer krankhaften Verengung begründet ist, so bei blutarmen Menschen oder bei alten Leuten, deren Blutlauf verlangsamt ist. In vielen weiteren Fällen tragen wir aber auch selbst an dem Auftreten von kalten Füßen Schuld, nämlich dann, wenn wir durch unangemessene Kleidung die Wärmeregulation künstlich erschweren. Das geschieht durch das Tragen zu enger Schuhe und Strümpfe und vor allem durch rund um das Bein herumlaufende Strümpfhalter. Hier ist es natürlich leicht, Abhilfe zu schaffen, wenn man nur weiß, worum es sich handelt. Man trage also bequeme Schuhe und solche Strümpfhalter, die in der Längsrichtung zum Bein verlaufen. Vieles Sihen, das teils durch die Art der Berufstätigkeit bedingt wird, teils einer gewissen Trägheit entspringt, behindert gleichfalls den Blutlauf und kann so zu kalten Füßen führen. Man suche daher, sich so viel als möglich Bewegung zu machen und den Blutlauf evtl. durch warme und kalte Wechselbäder anzuregen.

Gleichfalls eine Quelle für die Entstehung kalter Füße bildet der Schweißfuß. Hier wird durch die Verdunstung des abgedunsteten Schweißes Kälte erzeugt. Häufiges Waschen und Baden der Füße mit nachträglichem Einstreuen eines austrocknenden Puders, das am besten auch in die Strümpfe geschüttet wird, dürfte dabei gute Dienste tun. Gegen die vom Fußboden her aufsteigende Kälte, die sich besonders beim zwangshweisen Arbeiten in Räumen, unter denen nicht geheizt wird, entwickelt, schützt man sich am besten durch Auslegen von Fufmatten oder durch Einwickeln der Beine in ein warmes Tuch. Wenn aber alle diese Mittel versagen, dann zögere man nicht, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Horst Siwert: Störche. (Verlag Dietrich Reimer, Berlin.) — Der Verfasser, ein im Walde lebender deutscher Forstmann, ist tief in die Geheimnisse des Tierlebens eingedrungen; er verfügt über eine umfassende zoologische und tierpsychologische Vorbildung und gibt — das ist das Neue an diesem Buche — eine lückenlose Schilderung des Lebens der Störche vom Nestbau bis zum Brutscheit, von der Aufzucht der Jungen bis zum Verlassen des Horstes. Mit größter Spannung folgt der Leser den merkwürdigen Erlebnissen und Abenteuern, die der Verfasser bei seinen jahrelangen heimlichen, mühe- und gefahrreichen Beobachtungen in deutschen Wäldern gehabt hat, und die er außerordentlich pädagogisch und anschaulich zu schildern versteht. Meisterwerke der Tierphotographie, von unschätzblicher Schönheit und in ihrer Vollständigkeit gleichzeitig als naturkundliche Dokumente unschätzbbar, mit unentbehrlicher Geduld und großem Geschick aufgefunden, sind die 80 Bilder, die der Text verbindeht.